

**Avanti**

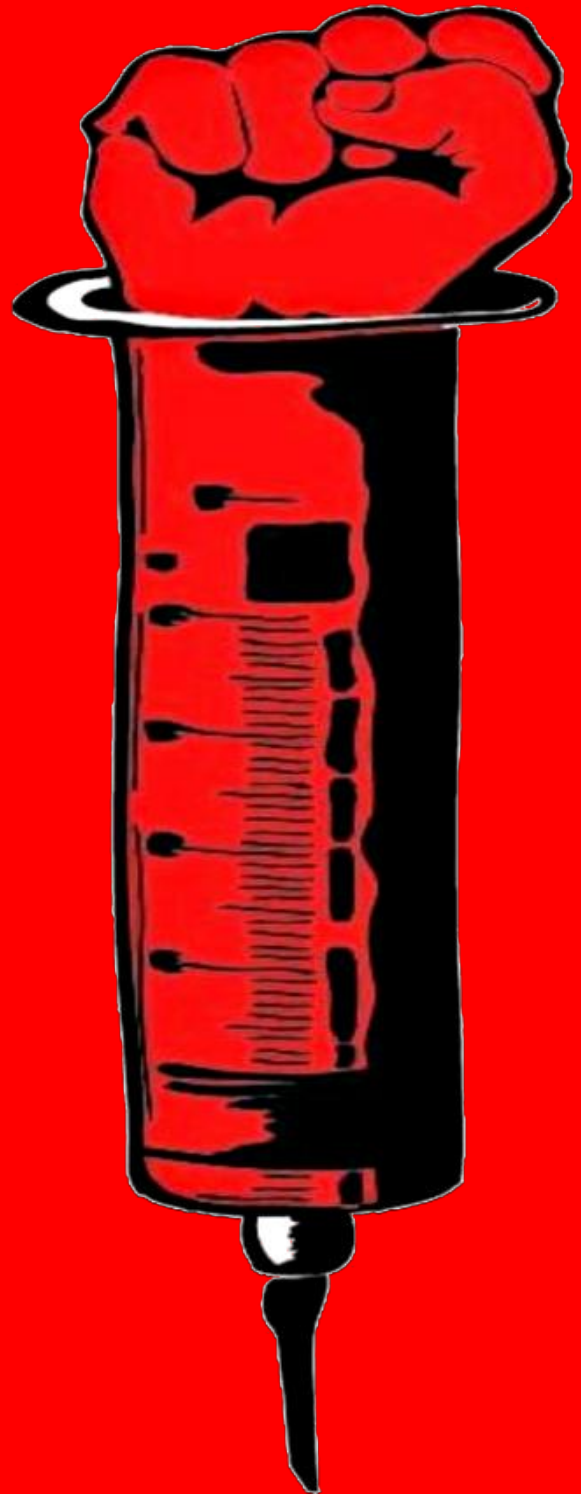
**2**

**Theoriebeilage**

Die kapitalistische Zerstörung der Umwelt.

**ISO Rhein-Neckar**

**ZERO  
COVID?**



**NUR MIT  
PLAN!**

## INHALT

## TITEL

- 01 KRISE**  
COVID 19 – Was tun?  
EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH
- 02 FRANKREICH**  
Proteste gegen Entlassungen  
KRISE
- 03 KRISE**  
COVID 19 – Was tun?  
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
- 04 FREUDENBERG**  
Weiterer Abbau
- 05 BETRIEBSRAT**  
Lahmgelegt?
- 07 BR-MOBGING**  
Bericht einer Betroffenen

## EDITORIAL

*Liebe Leserinnen und Leser,*  
auch im Januar bestimmten die Pandemie und das Systemversagen bei ihrer Bekämpfung massiv unser Leben.

Die Zahl der erfassten Infektionen stieg ab Mitte Oktober 2020 steil an – von 350.000 auf jetzt über 2.200.000 (Stand 30.01.2021). Bei den Todesfällen war die Entwicklung im gleichen Zeitraum ähnlich katastrophal – von rund 10.000 auf über 57.000.

Die vorliegende Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup> befasst sich mit verschiedenen Facetten der aktuellen Krise. Wir informieren über Herausforderungen im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse, und wir schlagen Alternativen zum fortgesetzten Irrsinn des Kapitalismus vor.

In der Theoriebeilage präsentieren wir Positionen der IV. Internationale gegen die drohende Klimakatastrophe.

Wir hoffen auf Euer Interesse an den Inhalten auch dieser *Avanti*<sup>2</sup>.  
Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

*Eure Redaktion*

## INHALT

## SOZIALE FRONT

- 08 VERNETZUNG**  
„Wer, wenn nicht wir?“  
FLUCHT
- 09 FLUCHT**  
Not nicht vergessen  
POLITISCHE BILDUNG / ISO
- 10 CORONA**  
Chaos und Profite?
- 11 KAPITALISMUS**  
Schatten der Geschichte  
RÜCKBLENDE / TERMINE
- 12 ATOMWAFFEN**  
Beseitigen?
- 12 TERMINE**  
THEORIEBEILAGE
- 01 UMWELTZERSTÖRUNG**  
Ökosozialistische Alternativen

# Frankreich: Protest gegen Entlassungen

M. G.

**A**m 23. Januar 2021 fand in Paris eine Demo gegen Entlassungen in Frankreich statt. Rund 2.000 Kolleg\*innen aus verschiedenen Betrieben und Großstädten beteiligten sich. Unsere Genoss\*innen der NPA hatten diese Vernetzungs-Initiative von unten aktiv unterstützt. Weitere Proteste sind angekündigt.



NPA-Transparent in Paris fordert Verbot von Entlassungen, 23. Januar 2021.

Foto: Copyright Photothèque Rouge /Martin Noda / Hans Lucas.

# ZERO COVID? NUR MIT PLAN!

H. N.

**Vor etwas mehr als einem Jahr ist die erste COVID-19-Infektion in Deutschland festgestellt worden. Die seitdem im Auftrag der Herrschenden betriebene „Corona-Politik“ ist gescheitert. Selbst die Kanzlerin soll am 24.01.2021 laut Presse gesagt haben: „Uns ist das Ding entglitten.“**

**W**arum ist ihnen das „Ding entglitten“? Die Kette des Versagens der Bundes- und der Landesregierungen fing an mit dem Mißachten der von dem Coronavirus SARS-CoV-2 ausgehenden Gefahr. Es ging weiter mit dem Ignorieren der Risiko-Analyse des RKI von Januar 2012. Es hatte ziemlich genau die Entwicklung der Pandemie vorhergesagt. Dann folgte das Leugnen der Wirksamkeit von Schutzmasken. Politik und Virologen hatten Angst, dass der Maskenmangel für das medizinische Personal verschärft werden würde.

## Abgerissene Lieferketten

Zum Glück rissen pandemiebedingt die globalen Lieferketten großer Industriebetriebe ab. Dadurch war das Infektionsgeschehen an vielen Fabrikarbeitsplätzen infolge des Produktionsstillstands wirksam eingeschränkt. Schon der erste „Lockdown“ im Frühjahr 2020 war verbunden mit dem Einschränken demokratischer Grundrechte. Parallel dazu kündigten Kapitalistenverbände wie Gesamtmetall einen verschärften Klassenkampf von oben an.

Danach begann auf Druck vor allem der exportorientierten Wirtschaft eine unkoordinierte Reihenfolge von „Lockerungen“. Im Sommer schien fast alles gut zu sein. Aber dann kam völlig überraschend der Herbst und – wie zu erwarten war – die zweite Welle der Pandemie.

Jetzt war der Aktionismus der kapitalhörigen Politik darauf ausgerichtet, den enormen Aufschwung vor allem der Autoindustrie nicht zu gefährden. Der Preis dafür war hoch. Ihn zahlten nicht nur die bisherigen Opfer von COVID-19, sondern wir alle.

Die Politik vertröstete nun auf die Ende 2020 anstehende Impfkampagne. Mit ihr begann das nächste Desaster.

„Pandemie-Bekämpfer“ Söder fordert deshalb jetzt eine staatlich gelenkte „Not-Impfstoffwirtschaft“. Es gebe, so Söder, eine Notlage, die auf längere Sicht „die Marktwirtschaft“ (d. h. den Kapitalismus) fundamental beschädigen könne.

## Systemisches Versagen

Das offenkundige systemische Versagen „der Marktwirtschaft“ hat Ursachen. Der Widerspruch zwischen letztlich gesellschaftlich stattfindender (Lohn-)Arbeit und der privaten Aneignung (Ausbeutung) der Ergebnisse dieser Arbeit kennzeichnet den Kapitalismus. In ihm haben die Profitinteressen des (Groß-)Kapitals Vorrang vor den grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen.

Die etablierte Politik handelt dementsprechend im Rahmen einer „marktkonformen Demokratie“ (Merkel). Ihre Folgen sind verheerend. Um nur einige zu nennen: Zerstörung des Gesundheitssystems, Verschärfung der sozialen Ungleichheit, Abwälzung der Krisenkosten auf die arbeitende Klasse, zunehmende Aushebelung von Grundrechten und wachsende faschistische und kriegsgerische Bedrohungen. Das ist die eine Seite der Medaille.

Die andere ist das fortgesetzte Versagen der mehrheitlich von der „Sozialpartnerschaft“ träumenden Gewerkschaftsapparate und der meist ihre Zersplitterung hätschelnden Linken.

## Soziale Front aufbauen

Es ist aber höchste Zeit, eine soziale Front gegen den Klassenkampf von oben und gegen das Scheitern der „Corona-Politik“ aufzubauen. Dies erfordert den Aufbau praktisch wirkender Bündnisse und Bewegungen über alle gewerkschaftlichen und linken politischen Bereichs- und Organisationsgrenzen hinweg.

Unbedingt bedarf es zudem auch einer strategischen Alternative zum herrschenden Chaos. Der derzeit kursierende Aufruf #ZeroCovid enthält in diesem Sinn einige unterstützenswerte Forderungen. Es fehlt jedoch nach wie vor ein gesellschaftlicher Aktionsplan, der immer wieder aktualisiert und popularisiert werden muss.

## Gesellschaftlicher Aktionsplan

Seine wesentlichen Punkte sollten sein: 1. Eine systematische, kontinuierliche massenwirksame Aufklärung über die Gefahren der Pandemie und über effektive Methoden des Schutzes vor Ansteckung. 2. Der uneingeschränkte und staatlich finanzierte Einsatz aller erforderlichen und geprüften Schutzmittel (Masken, Desinfektionsmittel, Tests, Impfungen, Medikamente ...). 3. Die flächendeckende Umsetzung der gesetzlichen Gebote des präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutzes nach dem TOP-Prinzip an allen Arbeitsplätzen sowie die Entwicklung eines standardisierten Infektionsschutzes mit permanenter Anwendung und Wirkungskontrolle – beginnend in den Brennpunkten der Pandemie (Altenheime, Krankenhäuser, Kitas, Schulen, Industriebetriebe ...). 4. Die gesetzliche Pflicht, überall Betriebsräte und von den Kolleg\*innen kontrollierte Kommissionen für Arbeits- und Gesundheitsschutz zu bilden. 5. Die unmittelbare strafrechtliche Verfolgung von Gewerkschaftsbekämpfung und Betriebsratsmobbing. 6. Der Stopp aller Privatisierungen im Gesundheitswesen, die Abschaffung des Systems der Fallpauschalen, die geplante Überwindung des Mangels an qualifiziertem Pflegepersonal, die Schaffung guter Arbeitsbedingungen mit attraktiver Vergütung der Pflegeberufe sowie der Aufbau eines der gesundheitlichen Prävention verpflichteten öffentlichen Gesundheits- und Pflegebereichs als unverzichtbarer Bestandteil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge. 7. Die Freigabe aller Impfstoff-Patente sowie die Offenlegung aller Forschungsdaten und Verträge als erste Schritte zur demokratisch kontrollierten Vergesellschaftung der Pharmaindustrie. 8. Die Enteignung des durch Steuergelder geretteten Finanzsektors und die Bildung einer öffentlichen, demokratisch kontrollierten Bank, die ausschließlich dem gesellschaftlichen Nutzen verpflichtet ist. 9. Die konsequente Bekämpfung aller politischen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Folgen des kapitalistischen „Krisenmanagements“ – Verbot von Entlassungen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, finanzielle Absicherung aller von Erwerbslosigkeit, Armut, Wohnungslosigkeit und Ausgrenzung Betroffenen, grundlegender ökologischer Umbau der Bereiche Energie, Industrie, Landwirtschaft und Verkehr. 10. Die Durchsetzung einer progressiven Solidaritätsabgabe für alle Krisengewinnler, Reichen und Superreichen ab einem Barvermögen von 1 Million Euro. ■



# Freudenberg Weinheim Abbau durch Produktionsverlagerung?

H. S.

**176 der 232 Beschäftigten des Vliesstoff-Geschäftsbereichs Freudenberg Performance Materials Apparel in Weinheim sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Betriebsbedingte Kündigungen schließt das Management dabei ausdrücklich nicht aus.**

**Z**um Hintergrund: Die Geschäftsleitung gab Ende Januar 2021 bekannt, dass sie den wesentlichen Teil der Produktion von Einlagevliesstoffen für die Bekleidungsindustrie bis Ende 2022 nach Italien verlagern und darüber hinaus den verbleibenden Rest massiv „umstrukturieren“ will.

## Zukunftsperspektiven zerstören?

Das Management „begründet“ sein Vorhaben mit „Marktveränderungen“ in der Bekleidungsindustrie, die einen massiven Umsatzrückgang bewirkten. Immer mehr Verbraucher würden dem Trend zu legerer Kleidung in vielen Bereichen des Lebens folgen. Die entsprechenden Kleidungsstücke würden aber nur wenige oder gar keine Einlagevliesstoffe enthalten. Die weltweite Corona-Pandemie habe diese Entwicklung noch beschleunigt. Deshalb wolle man sich in Weinheim künftig nur noch auf die Herstellung von Basismaterial für Einlagen konzentrieren.

Die geplante Produktionsverlagerung im Verbund mit dem geplanten Wegfall der überlebenswichtigen Infrastruktur und der Dienstleistungen dient ausschließlich der Profitsteigerung. Die geplante Restbelegschaft mit 56 Beschäftigten wäre nur noch marginal. Der Wegfall zum Beispiel der Forschungs- und Entwicklungsabteilung bedeutet nicht weniger als die Zerstörung von Zukunftsperspektiven. Eine Komplettschließung zu einem späteren Zeitpunkt wäre dann umso einfacher möglich.

Noch vor wenigen Wochen wurde gegenüber dem Betriebsrat von einem Abbau von 50 Arbeitsplätzen gesprochen. Nun sind es, sozusagen von heute auf morgen, 176 Stellen, die vernichtet werden sollen.

## Pandemie als Vorwand

Auch wenn die Pandemie zu einem spürbaren Umsatzeinbruch führt, dann ist dieser nur vorübergehend. Zudem konnte sich Freudenberg in den letzten Monaten durch Kurzarbeit und coronabegründete Wirtschaftshilfen weitgehend schadlos halten. Kleider werden trotz alledem immer gebraucht. Die Pandemie ist nur ein billiger Vorwand für die angekündigten Maßnahmen. Geringere Profitmargen sind jedenfalls kein akzeptabler Grund, um jetzt in Weinheim die Arbeitsplätze zu vernichten. Zumal die Beschäftigten auch nicht schuld sind an der derzeitigen Situation, und zudem das Unternehmen in den letzten Jahren aus der Arbeit der Belegschaft keinen kleinen Profit gezogen hat.

Schon seit Jahren wurde kaum oder gar nicht mehr in die bestehenden Anlagen investiert, genau so wenig wurden Innovationen entwickelt. Mit dem Argument, dass ein großer Teil der Anlagen nicht mehr „wettbewerbsfähig“ sei, wird jetzt die Produktionsverlagerung zusätzlich begründet. Für den desolaten Zustand der Produktion und für fehlende Zukunftsperspektiven trägt allein die Geschäftsleitung die Verantwortung.

Hier wird deutlich, dass die Pandemie tatsächlich nicht ursächlich ist. Sie dient vor allem als „Argument“, um mehr Akzeptanz für die ge-

planten Maßnahmen zu erhalten. Es ist die Unternehmensstrategie von Freudenberg, die, wie schon so oft in der Vergangenheit, auf Verlagerung, Schließung oder Verkauf setzt, wenn die Profitsteigerung nicht ausreichend erscheint.

## Kampf um alle Arbeitsplätze

Was heißt das alles für die Belegschaft, den Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft IG BCE?

Betriebsrat und Gewerkschaft sollten gemeinsam mit der Belegschaft einen Aktionsplan für ein gemeinsames Vorgehen und für Alternativen zum Kahlschlagkonzept des Konzerns entwickeln. Die Einbeziehung der Beschäftigten in alle Phasen des anstehenden Konflikts wird entscheidend dafür sein, ob es gelingt, den eigenen Forderungen Geltung zu verschaffen.

Neben dem Aufbau innerbetrieblicher und außerbetrieblicher Solidarität sowie der Vorbereitung gemeinsamer öffentlicher Aktionen gilt es, weitere wichtige Themen in die Auseinandersetzung zu tragen. Zum Beispiel die Frage des Erhalts der Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Zum Beispiel das Verbot von Entlassungen. Zum Beispiel die Forderung nach Offenlegung der Bücher des Konzerns.

Freudenberg darf nicht aus der gesellschaftlichen Verantwortung entlassen werden. In Artikel 14 Abs. 2 des Grundgesetzes steht: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Statt der Profitmaximierung im Sinne der Eigentümer von Freudenberg muss es deshalb um den sozial und wirtschaftlich notwendigen Erhalt der Arbeitsplätze gehen. Die Existenz der von Arbeitsplatzvernichtung bedrohten Kolleginnen und Kollegen muss gesichert werden. Nur wer kämpft, kann gewinnen! ■



Protest gegen Abbau bei Freudenberg in Weinheim, 27. April 2017.

# Lahmgelegt? BR-Arbeit in der Pandemie

## Ein Gespräch mit Betriebsräten (Teil I)\*

Im letzten Jahr hatten wir zweimal mit aktiven Gewerkschafter\*innen und Betriebsrät\*innen aus der Rhein-Neckar-Region über ihre Situation in der Pandemie gesprochen. Alle hatten über zusätzliche Herausforderungen berichtet.

**E**inerseits durch die Pandemie selbst. Zum Beispiel aufgrund der eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten mit den Kolleg\*innen oder wegen der Schwierigkeiten Sitzungen und Betriebsversammlungen durchzuführen.

Andererseits durch die jeweilige Unternehmensführung: Diese hatten ja ihre Strategie, Profitziele, Umstrukturierungen, „Optimie-

rungen“ usw. während der Pandemie nicht plötzlich auf Eis gelegt, sondern verfolgten diese weiter. Und sie griffen dabei im „Schatten der Pandemie“ in unterschiedlichem Maß Betriebsräte und deren Mitbestimmungsrechte an.

Grund genug also, diesmal mit den Kolleg\*innen über Ihre Arbeit und Erfahrungen zu reden. ■

Die *Weinheimer Nachrichten* befragten vor kurzem Unternehmen zur Pandemie. Diese waren sich einig: Der Gesundheitsschutz wird beachtet und weitergehende gesetzliche Regelungen seien nicht notwendig. Unseres Wissens gab es darauf keine Reaktionen von Gewerkschaften und Betriebsräten. Macht das Management tatsächlich einen guten Pandemie-Job oder legt Corona die Betriebsräte lahm?

**Clara:** In den letzten Gesprächen wurde ja schon deutlich, dass die Pandemie für uns eine ziemliche Herausforderung war und ist. Ich glaube, das trifft auf alle in dieser Runde zu. Bis wir kapiert hatten, was da auf uns zukommt, waren wir schon mitten in der ersten Welle. Und plötzlich war nichts mehr wie zuvor. Die Unternehmensführung war schneller als der Betriebsrat.

Auch wenn Arbeits- und Gesundheitsschutz für uns vorher schon wichtig war, waren wir ehrlicherweise überfordert. Und vielen Betriebsräten in unserem Gewerkschaftsbezirk ging es ähnlich.

**Heiko:** Ich muss Clara zustimmen. Von jetzt auf nachher standen ganz andere Themen auf der Tagesordnung. Wir haben zwar arbeitende BR-Strukturen, und Arbeitsschutz ist bei uns seit Jahren ein zentrales Thema, aber auf so etwas waren wir nicht vorbereitet.

Wir mussten die Geschäftsführung nicht zum Handeln bewegen. Klar, anfangs hat sie Corona als „chinesisches Problem“ abgetan. Aber als sie die Entwicklung und die möglichen negativen Folgen für das Unternehmen sah, hat sie sofort gehandelt.

Einige Vorgesetzte sind dabei mit ihren Maßnahmen zu weit gegangen und wollten uns aus ihren Entscheidungen raushalten. Die mussten wir erst wieder einfangen und dabei auf unsere Mitbestimmungsrechte pochen. Ich glaube, das ist uns gelungen.

**Kevin:** Bei uns hat die Führung auch reagiert. Aber ein guter Job sieht anders aus. Die binden uns zwar ein, aber das ist nur Anstrichfarbe, denn gleichzeitig haben sie ihre Angriffe auf uns verschärft.

Seit Jahren müssen wir um unsere Mitbestimmungsrechte gerade auch beim Arbeitsschutz kämpfen und jetzt tun die so, als ginge es ihnen nur ums Wohl der Belegschaft. Die wollen doch nur eines, dass der Laden störungsfrei weiterläuft. Solange wir ihre Maßnahmen „konstruktiv“ abnicken, ist es gut, wenn wir eigene Vorstellungen haben, sind wir der Untergang des Unternehmens.

Soweit ich das für unsere Geschäftsstelle beurteilen kann, trifft das was Clara sagt zu. Viele Betriebsräte, aber auch die Gewerkschaftshauptamtlichen, waren plötzlich mit etwas völlig Unerwartetem konfrontiert und überfordert und wussten nicht, wie sie damit umgehen sollen. Die „sanften“ Betriebsräte, die eh nur kuschen und kuscheln, die wir ja auch kennen, die sind noch weiter abgetaucht.

Also ist mein Eindruck richtig, dass die Pandemie bei Euch eine gewisse Ratlosigkeit und vielleicht sogar eine Schockstarre verursachte?

**Heiko:** Von einer Schockstarre würde ich bei uns nicht reden. Wir haben, wenn auch mit Einschränkungen, arbeitsfähige Strukturen. Das war natürlich ein Riesenvorteil. Auch dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz seit Jahren große Bedeutung hat, hat uns geholfen. Wir haben dazu einfach schon Wissen und Klarheit über unsere Rechte.

Trotzdem drohten uns, neben den Schnellschüssen des Managements, die Fragen und Herausforderungen der Pandemie zu überrollen. Zum Beispiel, wie und wo können wir uns zu unserer Sitzung treffen? Wie können wir trotz Hygienebestimmungen und „Home-Office“ Kontakt mit den Beschäftigten halten? Kriegen wir Video-Sitzungen hin? Können wir online rechtssicher abstimmen? Und einige Betriebsräte haben versucht, sich noch stärker als bisher einzugraben und nichts zu machen. Dagegen anzugehen, war sehr schwer.

**Clara:** So gut sieht es bei uns nicht aus. In unserem Betriebsrat gab es schon eine gewisse Handlungsunfähigkeit. Das traf auch auf uns von der aktiven Minderheit zu. Quer durch die Strömungen haben wir gemerkt, wie Corona uns beansprucht, auch ganz persönlich, und lähmt. Und dann kommt dazu, dass unserer Meinung nach das Management Corona nutzt, um die Mitbestimmung und unsere Rechte in Frage zu stellen. Die Mehrheit sieht dieses Problem nicht.

Auch waren wir selbst zum Pandemiebeginn handlungsunfähig. Wir haben aber das Glück, uns mit aktiven Kolleg\*innen anderer Betriebe regelmäßig austauschen zu können. Das hat uns immer wieder aktiviert und Impulse gegeben.



Betriebsversammlung in Pandemiezeiten bei Bombardier Mannheim, 16. Juli 2020.



**Tom:** Die Logistik gilt ja als einer der Pandemie-Hotspots. Unsere Niederlassung gehört da zum Glück nicht dazu. Und ich habe ja schon früher darüber gesprochen. Wir arbeiten auch bei anderen Firmen in der Logistik und im Versand. Da sind wir auf den jeweils herrschenden Gesundheitsschutz angewiesen.

Unser eigener Betriebsrat ist noch weniger zu sehen als zuvor. Klar, wenn du kein freigestellter Betriebsrat bist und dazu noch an einem anderen Ort arbeitest, ist es nicht leicht, Kontakt zu halten. Aber während der Pandemie ist das gleich null.

Auch der Betriebsrat unseres Auftraggebers ist kaum präsent. Für uns als Werkverträger ist der ja nicht zuständig, aber doch für die eigenen Leute. Ich glaube, die haben schlichtweg keinen Plan. Die hatten schon vor der Pandemie keine gute Kommunikation. Woher soll das jetzt plötzlich herkommen. Ich sehe das so, und ich weiß, ich habe da gut reden, wer sich vor einer Krise nicht gut aufstellt, der schafft es während der Krise erst recht nicht.

**Kevin:** Anfangs hat es auch uns beinahe überrollt. Aber wir haben versucht, nicht unter die Räder zu kommen und unsere Strukturen und Arbeit aufrecht zu erhalten. Das fiel uns zwar ziemlich schwer, aber Zeit für Warten und Erstarrung hatten wir gar nicht. Wir mussten nämlich nicht nur auf die Unternehmensführung reagieren, sondern auch auf die starke und unternehmensorientierte Minderheit.

**Habt Ihr alle wie bei Heiko arbeitende Betriebsratsstrukturen? Haben diese weitergearbeitet?**

**Clara:** Wir haben viele Ausschüsse. Vielleicht zu viele. Die waren sehr unterschiedlich aktiv. Manche haben schon vorher nichts gemacht. Ein paar arbeiten weiterhin, allerdings sehr eingeschränkt. Die Arbeit wird nicht regelmäßig besprochen.

Der Betriebsrat führt auch keine regelmäßigen Sitzungen mehr

durch. Insgesamt ist die Arbeit des Betriebsrates durch die Pandemie deutlich schlechter geworden. Wir als Minderheit versuchen, dagegenzuhalten, aber das ist sehr mühselig. Es ist wirklich vieles in der Pandemie ganz anders als vorher.

Übrigens führen wir auch keine Betriebsversammlungen durch. Ich weiß, das müssten wir tun, aber dafür haben wir noch keine wirkliche Idee.

**Tom:** Wir haben einen kleinen Betriebsrat und kaum Ausschüsse. Aber die Arbeit hat sich in der Pandemie auf die beiden Vorsitzenden konzentriert. Der Rest ist inaktiv. Es gibt kaum noch Regelmäßigkeit. Und mit der Begründung „Corona“ wird fast alles akzeptiert, was vom Unternehmen kommt.

**Heiko:** Ich wollte keinen falschen Eindruck erwecken. Auch bei uns läuft nicht alles super. Am Anfang herrschte eine sehr große Unsicherheit. Was dürfen wir noch? Was können wir noch? Es hat einige Monate und viele Diskussionen gebraucht, wieder Betriebsratsarbeit außerhalb der Pandemiebekämpfung zu organisieren. Und diese ist bei weitem nicht auf dem Niveau der Vorkrisenzeit.

**Kevin:** Ja, bei uns haben die Strukturen weitergearbeitet. Vor allem der Betriebsausschuss hat an Bedeutung gewonnen. Ein Teil der Arbeit konzentriert sich inzwischen auf ihn. Das ist nicht glücklich, aber wir standen vor der Wahl, nicht mehr zu funktionieren oder so zu funktionieren. Wir haben regelmäßig unsere BR-Sitzungen durchgeführt und dabei schon früh die Videokonferenztechnik genutzt. Aber das ist datenschutzrechtlich nicht immer ganz einfach.

Die sonstigen Ausschüsse funktionieren unterschiedlich gut, aber spürbar schlechter als zuvor.

\*[Das Gespräch fand Ende Januar 2021 statt. Die Namen wurden zum Schutz der Teilnehmenden geändert. U. D. stellte die Fragen. Teil II folgt in der März-Ausgabe von *Avanti*<sup>2</sup>.] ■



Solidarität mit der Belegschaft von Bombardier in Mannheim, 16. Juli 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

# BR-Mobbing

## Abschiedsbrief einer Bauhaus-Betriebsrätin (Teil II)\*

G. K.

**Mehr als zehn Jahre hat sie in einer Bauhausfiliale gearbeitet. Die letzten drei Jahre war sie Betriebsrätin. Bei Bauhaus ist das etwas besonderes, denn bei dem Heimwerkermarkt, dessen deutsche Geschäftsführung auch von „betriebsratsverseuchten Filialen“ spricht, gibt es nicht viele Betriebsräte.**

Mehrere Auszubildende hatten sich an einzelne BR-Mitglieder gewandt. Wir rieten ihnen, ihre Probleme in einer BR-Sitzung vorzutragen. Das wollten sie aber nicht. Aus Angst. Wir boten ihnen an, stattdessen einen Bericht zu schreiben, ohne Nennung des Namens. Dafür wurde ich um Hilfe gebeten. Ich bekam die Fakten per Mail zugeschickt, habe nur die Reihenfolge einiger Sätze verschoben und den zwei Azubis zum Korrekturlesen gegeben. Sie gaben die korrigierten Berichte zur Vorlage frei. Auch das Gremium, der BR, war mit der anonymen Bearbeitung einverstanden und berichtete der Geschäftsleitung. Diese gab schließlich Fehler im Umgang mit den Azubis zu, und wollte künftig den Lehrauftrag befolgen.

Aber es blieb nicht lange ruhig: Nach einigen Wochen kam das Thema wieder auf die Tagesordnung, da sich der Azubi-Beauftragte, der eigentlich für die Unterweisung der Lehrlinge verantwortlich war, plötzlich durch meine Bearbeitung des Sachverhaltes im Betriebsrat angegriffen fühlte.

Auf einmal hagelte es Beschwerden von den Azubis – und das über eine Sache, die eigentlich längst erledigt war. Sie behaupteten, ich hätte die Vorwürfe frei erfunden. Gleichzeitig versprach die Geschäftsleitung den Azubis, sie würden nach ihrer Ausbildung übernommen. Eine der beiden sollte sogar eine besondere berufliche Förderung erhalten. Auch wenn das bis heute nicht passiert ist: Die junge Kollegin fing an, gegen mich zu agieren. Sogar auf Facebook behauptete sie, ich hätte mir das alles ausgedacht, um dem Azubi-Beauftragten zu schaden.

Man legte mir einen Aufhebungsvertrag vor, forderte die Niederlegung des BR-Mandats. Ich tat dies nicht, informierte aber in einem Aushang meine Kolleg\*innen über diesen Vorfall. Der wurde sofort entfernt. Ich hing ihn wieder auf, dann war er gleich wieder verschwunden. Anschließend gab es eine schriftliche Beschwerde über diesen Aushang von der Geschäftsleitung, dass mein Aushang nichts am Schwarzen Brett verloren hätte, ich Lügen verbreiten würde und ich das künftig unterlassen solle.

Eine Kollegin, die den Aushang zusammen mit mir unterzeichnet hatte, erhielt keine Ermahnung. Am 17.12.2017, mitten im Weihnachtsgeschäft, bekam ich dann die erste fristlose Kündigung wegen „Störung des Betriebsfriedens“.

Es wurde das Gerücht gestreut, ich hätte Hausverbot. Ich habe dennoch weiter die Kolleg\*innen in der Filiale aufgesucht, ohne dass mich irgendjemand hinausgeworfen hätte. In dieser Zeit bekam ich mehr über die Sorgen und Nöte meiner Kolleg\*innen mit als der eigentliche Betriebsrat. Sie beschwerten sich bei mir über Abmahnungen, über die Dienstpläne, Überstunden und über weitere, angebliche „Eigenkündigungen“ von Mitarbeiter\*innen.

Nachdem mein Kündigungsverfahren durch sämtliche gerichtliche Instanzen gegangen war, bekam ich eineinhalb Jahre später, im März 2019, Recht vor dem Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Bauhaus musste mich wieder einstellen, und ich trat meine Arbeit im April wieder an.

Aber trotz des höchstrichterlichen Urteils war die Geschäftsleitung nicht besänftigt und wollte sich an mir rächen. Sie hat mich dauerhaft an die Kasse strafversetzt, dabei waren in meinem Arbeitsvertrag ganz an-

dere Aufgaben beschrieben. Eigentlich war ich eingestellt als Mitarbeiterin in Verkauf und Beratung, nur mit gelegentlicher Kassiertätigkeit in Ausnahmefällen.

An der Kasse wurde ich regelrecht ausgegrenzt: Fast immer musste ich an einer Kasse sitzen, obwohl stundenlang so gut wie keine Kunden kamen. Andere Mitarbeiter\*innen wurden von mir ferngehalten, ich saß immer an einer Kasse in Randlage und durfte mich nicht bewegen.

Gegen diesen Zustand habe ich geklagt. Ich wollte einfach wissen, ob das rechtens ist, was die Geschäftsleitung da mit mir macht. Auch andere Kolleg\*innen wurden an die Kasse „strafversetzt“, wenn sie in Ungnade gefallen waren.

Die Betriebsratsarbeit lief äußerst schleppend. Zu notwendigen Seminaren schickte man mich nur widerwillig, wohl auch weil ich zu Seminaren wollte, die von der Gewerkschaft organisiert waren. Auch wenn ich lange Anfahrtswege zu den Seminaren hatte, wurde mir eine Übernachtung verweigert. Der Geschäftsleitung nahestehenden Mitarbeiter\*innen wurden die Übernachtungen immer genehmigt, selbst wenn die Seminare an ihrem Wohnort waren.

Gegen die Mehrheit der Kolleg\*innen, die im Gremium vor allem die Interessen der Geschäftsführung und nicht die der Belegschaft verfolgten, konnte ich und meine Mitstreiterin wenig ausrichten. Unsere Betriebsvereinbarungen gingen nie über die gesetzlichen Mindestregelungen hinaus, und dafür braucht man ja eigentlich gar keine auszuhandeln. Eine reine Alibi-Veranstaltung.

Aber ich habe meinen Mund nicht gehalten, habe immer wieder versucht, mit den Kolleg\*innen ins Gespräch zu kommen und auch gegen die Interessen der Geschäftsführung die Probleme der Mitarbeiter\*innen im Betrieb zur Sprache zu bringen. Das brachte mir dann erneut eine Kündigung ein, meine letzte.

Auch wenn ich nicht mehr dabei bin, mich entschieden habe, nicht mehr ins Unternehmen zurückzukehren, bin ich dennoch überzeugt: Es hat sich gelohnt, diesen Kampf aufzunehmen. Mit Betriebsratsarbeit machst Du Dir bei vielen Geschäftsleitungen sicher keine Freunde, aber Du kannst Mitarbeiter\*innen zum Zusammenhalt bewegen. Das ist uns ansatzweise gelungen. Nur waren wir leider zu wenige.

Die permanenten Drohungen der Geschäftsleitung mit Jobverlust oder Zwangsversetzung haben viele Mitarbeiter\*innen in Angst versetzt. Ich kann jeden verstehen, der Angst hat. Aber die kann nur dann wirklich greifen, wenn man alleine steht, keinen Rückhalt hat in der Belegschaft. Hätten mehr von uns an einem Strang gezogen und für ihre Rechte gekämpft, wären wir sicher erfolgreicher gewesen und hätten mehr bewegen können.

Kurzum: Ich hätte mir mehr Unterstützung von den Kolleg\*innen gewünscht, die nicht im Betriebsrat waren. Nur mit dem BR alleine kann man keinen Blumentopf gewinnen, kaum etwas durchsetzen. Vor allem wenn man immerzu gegen eine BR-Mehrheit arbeiten muss, die sich der Geschäftsführung und nicht den Kolleg\*innen verpflichtet fühlt.

**\*[Teil I ist in *Avanti*² von Januar 2021 erschienen. Die Bearbeitung des Abschiedsbriefs besorgte G. K. von [www.work-watch.de](http://www.work-watch.de).]** ■



# „Wer, wenn nicht wir?“ Gemeinsam gegen den Klassenkampf von oben

N. B.

**Auch im Januar 2021 kamen Aktive unterschiedlicher Initiativen in einer Videokonferenz zusammen, um Gedanken zu aktuellen politischen Entwicklungen und Bewegungen auszutauschen. Alle politischen Kämpfe der Teilnehmenden haben dabei eins gemeinsam: Die Notwendigkeit, sich gegen den Klassenkampf von oben zu verbinden, der in der Pandemie skrupellos weitergeführt und ausgebaut wird.**

**D**ie zunehmende Bedrohung auch jenseits der Pandemie zeigt sich in den unterschiedlichen Bereichen, in denen die Teilnehmenden des Gedankenaustauschs aktiv sind. Dem Engagement gegen Rassismus, Faschismus und rechte Strukturen werden in unserer Region wieder einmal gerichtlich Steine in den Weg gelegt.

## Justiz und Rechte im Einklang?

Karlheinz Paskuda, mit den wir für die Januar-Ausgabe der *Avanti*<sup>2</sup> zu seinem Einsatz gegen den Mietenwahnsinn sprachen, erhielt vom Amtsgericht Speyer einen Strafbefehl über 1.800 € wegen „übler Nachrede“. Karlheinz war presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt von „Aufstehen gegen Rassismus Rhein-Neckar“, das rechte Strukturen um M. Schneider in Speyer dokumentierte.

Grundlage dieses skandalösen Strafbefehls war dabei offenbar nur die Anklage. Dass die Justiz als Handlangerin der Rechten gegen Linke vorgeht, ist keineswegs neu. Vielmehr ist das eine alte deutsche Tradition. Sich häufende „Einzelfälle“ zeichnen eine bedrohliche Entwicklung ab. Angesichts rechter Netzwerke, die immer wieder bei der Polizei, den Geheimdiensten, der Bundeswehr und im Justizapparat aufgedeckt werden, kann das nicht verwundern.

## Pflege als Herausforderung

In dem Gedankenaustausch nahm diesmal auch die Pflege eine zentrale Rolle ein. So wussten Teilnehmende von ihrem Engagement in diesem Bereich, aber auch von den Schwierigkeiten der Organisierung der vernetzten Gesundheitsbündnisse in NRW zu berichten.

Die Schließung von Krankenhäusern mitten in der Pandemie erfordere eigentlich besonders dringend ein großes Aufbegehren. Die eingeschränkten Kontaktmöglichkeiten erschwerten das aber sehr. Auch der eigene Anspruch, Beschäftigte in der Pflege mit ihren (möglichen) Patient\*innen im Kampf um menschenwürdige Pflege zusammenzubringen, hilft hier nicht weiter. Dabei sollte durch die Pandemie eigentlich allen bewusster geworden sein, dass sie selbst einmal (und womöglich sehr bald) der Pflege bedürfen und den menschenunwürdigen Bedingungen damit unterworfen werden könnten.

## Anstehende Aktionen

Die Diskussion drehte sich aber nicht nur um Probleme der politischen Arbeit. Aus der Klimabewegung und dem Einsatz für eine radikale Verkehrswende wurde von anhaltenden Aktionen berichtet. Auch in der Mieter\*innenbewegung seien für das Frühjahr Aktionen und Kampagnen geplant. In Heidelberg zeigten Aktivist\*innen im Januar mit einem einwöchigen Protestcamp zur Evakuierung der Lager an den EU-Außengrenzen, wie auch in der Pandemie Protest in die Öffentlichkeit getragen werden kann.



Protest von Beschäftigten des Uni-Klinikums Heidelberg, 25. Januar 2018.

Foto: Avanti<sup>2</sup>.



# SEEBRÜCKE

## „Den Überlebenskampf der Menschen nicht vergessen.“ Ein Gespräch mit Claudia Omoregie\*

Claudia Omoregie ist bei SEEBRÜCKE Mannheim aktiv. Wir haben mit ihr über die politisch gewollte katastrophale Situation an den EU-Außengrenzen gesprochen, über die Forderungen der Seebrücke und ihren unermüdlichen Einsatz auch in der Pandemie.

**Die SEEBRÜCKE hat sich vor mehr als zwei Jahren gegründet. Was war damals der Auslöser, und wie hat sich die deutsche und europäische Asylpolitik seitdem verändert?**

Die SEEBRÜCKE hat sich Ende Juni 2018 gegründet, nachdem das zivile Seenotrettungsschiff „Lifeline“ mit über 200 Menschen tagelang auf dem Mittelmeer ausharren musste. Dass Schiffe nicht in Häfen anlegen dürfen, dass Seenotrettungsrufe willentlich ignoriert werden und tausende Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen in überfüllten Lagern mit unmenslichen Zuständen eingesperrt werden, ist auch jetzt noch Tatsache. Das möchte die SEEBRÜCKE ändern.

Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und erwarten von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind.

Die deutsche und die europäische Asylpolitik hat sich noch mehr verschärft. Sie setzt auf Abschreckung, ignoriert Menschenrechte und nimmt in Kauf, dass Menschen sterben. Es wird verhindert, dass schutzsuchende Menschen Europa erreichen. Das geschieht auch mit Hilfe von Frontex.

Diese „Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache“ hält zum Beispiel durch „Pushbacks“ schutzsuchende Menschen davon ab, europäische Gewässer zu erreichen: Sie gibt der sogenannten libyschen Küstenwache Positionen von Booten in internationalen Gewässern durch, damit dortige Milizen die Menschen zurückholen („Pullbacks“). Deren Vorgehen wird finanziert von der EU, ohne es zu kontrollieren. Auch auf dem Balkan verletzt Frontex Menschenrechte. Sie unterstützt die kroatischen Grenzer dabei, flüchtende Menschen aus Kroatien zurück nach Bosnien zu prügeln.

**Pandemie viele Aktionen im öffentlichen Raum durchgeführt. Was hat Euch dazu bewogen, und welche besonderen Herausforderungen stellen sich dabei?**

Corona scheint alles zu überdecken. Wir sorgen dafür, dass das Elend, die Not, der Überlebenskampf der Menschen in den Lagern und auf den Meeren nicht vergessen wird. Wir lassen auch unter Corona nicht nach, Druck aufzubauen. Die Kriminalisierung der Seenotretter\*innen muss beendet und eine staatliche Seenotrettung wieder durchgeführt werden.

Bei unseren Aktionen wird auf die Einhaltung von Abstands- und sonstigen Hygieneregeln geachtet, Hände- und Flächendesinfektionsmittel gehören genauso wie Mund-Nasen-Schutz für Menschen, die keinen haben, zu unserer „Ausstattung“. Wir rufen auch über „Soziale Medien“ hin und wieder zu Fotoaktionen auf, motivieren dazu, Transparente und Plakate in die Fenster zu hängen oder Kreidebotschaften auf den Straßen zu hinterlassen. Es gibt also viele verschiedene Möglichkeiten, auch während der Corona-Krise aktiv zu bleiben.

**Für die Menschen in den Lagern, insbesondere an den EU-Außengrenzen, stellt die Corona-Pandemie eine lebensbedrohliche Gefahr neben vielen anderen dar. Worauf liegt aktuell Euer inhaltlicher Schwerpunkt?**

Die Lager müssen geräumt und die Menschen hier aufgenommen werden. Es gibt alleine in Baden-Württemberg 31 „Sichere Häfen“. Das sind Gemeinden und Städte, die bereit sind, Menschen aus den Lagern aufzunehmen. Das Bleiberecht muss gesichert und Abschiebungen müssen gestoppt werden. Wir fordern die Auflage eines Landesaufnahmeprogrammes statt Abschottung. Momentan läuft eine Petition im Rahmen der Kampagne „Sicherer Hafen BaWü“: <http://chng.it/SqC2wLcdcB>.

**Wie können Interessierte Eure Arbeit unterstützen oder sich daran beteiligen?**

Interessierte können sich gerne bei uns melden. Die wichtigsten Kontaktdaten sind hier zu finden: <https://seebruecke.org/lokalgruppen/mannheim/>.

\*[Die Fragen stellte N. B.] ■



SEEBRÜCKE Menschenkette, Mannheim 26. April 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

**Ihr habt auch nach Beginn der Corona-**

# „Corona-Chaos und Kapitalismus – Was tun?“

R. G.

So lautete der Titel des elften Online-Infoabends der ISO-Gruppe Rhein-Neckar am 22. Januar 2020. Nach rund einem Jahr Pandemie wollten wir über deren Verlauf und die aktuelle Situation diskutieren. Aber auch darüber, wie der Aufruf **#ZeroCovid** politisch einzuschätzen ist, und wie er sich praktisch nutzen lässt.

Unser Referent nahm uns mit auf eine kurze Zeitreise durch das vergangene Jahr. Angefangen bei den ersten Beschwichtigungen „dies sei ein chinesisches Problem“, über die Infragestellung der Nützlichkeit von Masken und die spätere gegenteilige Einschätzung mit folgender Maskenpflicht, über die sommerliche Untätigkeit bis hin zur „überraschenden“ zweiten Welle.

## Verantwortungslosigkeit oben

Offensichtlich sei, dass die „Verantwortlichen“ die von der Regierung beauftragte Pandemie-Risikoanalyse aus dem Jahr 2012 nicht kennen würden oder nicht kennen wollten. Denn darin sei der Verlauf der Pandemie gut beschrieben, und insofern sei die aktuelle Entwicklung nicht überraschend.

Auch die ergriffenen Maßnahmen seien weder durchweg schlüssig, noch würden sie konsequent umgesetzt. So werde in den Unternehmen meistens die Verantwortung für die Gesundheit auf die Beschäftigten „abgeschoben“. Das heißt, sie sollen Masken tragen und die AHA-L-Regeln einhalten. Andere Konzepte oder Möglichkeiten seien oft gar nicht geprüft worden. Immer gehe es darum, die Wirtschaft am Laufen zu halten.

Die bereitgestellten Gelder würden kaum bei den „sozial Schwachen“ oder „kleinen Selbstständigen“ ankommen. Andererseits würden einzelne Unternehmen ohne Not die Möglichkeit des Kurzarbeitergelds nutzen, um daraus Vorteile für sich zu ziehen.

## #ZeroCovid auf die Straße?

Die anschließende Diskussion befasste sich mit zahlreichen Facetten der Pandemie. Von A wie Arbeitsschutz bis Z wie ZeroCovid-Aufruf. Im Mittelpunkt stand aber, welche politische Praxis möglich ist.

Dabei ging es insbesondere um den Aufruf **#ZeroCovid**, der ein relativ breites internationales Medien-Echo findet. Viele hätten den Aufruf schon unterschrieben, was deutlich mache, dass er „einen Nerv“ treffe.

Seitens der Diskutierenden wurde der Aufruf positiv bewertet. Dennoch seien auch kritische Punkte zu benennen. So fehle z. B. der Bezug auf die Arbeiter\*innenklasse, und die Notwendigkeit, praktische Politik zu entwickeln, werde zu wenig betont.

Dennoch sahen alle Teilnehmenden in dem Aufruf eine Chance, das Thema COVID-19 nicht Faschisten, Reichsbürgern, Quer-„Denkern“ usw. zu überlassen. Damit dies aber wirksam gelinge, sei es notwendig, diese Initiative mit Aktionen auf die Straße zu bringen. Nur so sei es möglich, in der Öffentlichkeit den Raum den Corona-Leugner\*innen

streitig zu machen und Alternativen zur Politik der Herrschenden aufzuzeigen.

## Was tun?

Die Antworten auf die Frage, wie dies gelingen kann, deckten sich mit denen früherer Corona-Infoabende: 1. Überall handlungsfähige, widerständige Gruppen aufbauen. 2. Gemeinsam über solidarische und menschliche Perspektiven diskutieren. 3. Die Vernetzung und Zusammenarbeit der politischen und gewerkschaftlichen Linken im Rhein-Neckar-Raum verbessern. ■

**CAPITALISMUS  
CORONA  
CHAOS**



**STOPPEN!**



# Brücken schlagen zu einer besseren Welt (Teil II)\*

## Kapitalistische Barbarei oder Sozialismus?

U. D.

Am 14. November 2020 führte die ISO Rhein-Neckar ihr Herbst-Seminar „Schnell noch die Welt verändern?“ in „hybrider“ Form durch. Wir dokumentieren hier Teil II des Einleitungsreferats in stark gekürzter Fassung.

**A**ber wenn alles dafür spricht, dass der Kapitalismus abgeschafft werden muss und eine andere Gesellschaft möglich ist, warum hat dann die Arbeiter\*innenklasse ihn nicht längst durch eine sozialistische Räte-demokratie ersetzt?

### Herrschende Ideen

Im *Kommunistischen Manifest* schreiben Engels und Marx: „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren stets nur die Ideen der herrschenden Klasse.“

Die herrschenden Klassen haben immer ihre Privilegien und ihre Macht verteidigt und die jeweilige Gesellschaft als die einzig mögliche dargestellt. Solange dies gelang, wurde ihre Herrschaft nicht in Frage gestellt.

Dies gilt auch für die herrschende Klasse der Bourgeoisie im Kapitalismus. Im „Normalbetrieb“ ist sie bestrebt, die Arbeiter\*innenklasse mit Zugeständnissen, Propaganda, Manipulation, Erziehung, Medien usw. zu integrieren. Im „Notfall“ ist sie bereit, ihre Herrschaft mit Waffengewalt und offener Repression aufrecht zu erhalten.

### Historische Niederlagen

Der Kapitalismus wird erst dann grundsätzlich in Frage gestellt, wenn die Interessen der arbeitenden Klassen in einen scharfen und unauflösbaren Widerspruch zu den Interessen des Kapitals geraten. Entstehen daraus massive Kämpfe, kann sich ein antikapitalistisches Massenbewusstsein entwickeln.

Dies war in der Geschichte wiederholt der Fall. Allerdings führten diese Kämpfe und Revolutionen nicht zu einem dauerhaften Erfolg. Im Gegenteil: Im Verlauf der Geschichte hat die sozialistische Bewegung wiederholt schwere Niederlagen erlitten. Nicht zuletzt wurde und wird bis heute „Sozialismus“ zur Bezeichnung blutiger Diktaturen mißbraucht. Durch diese historischen Erfahrungen wurden Hoffnungen enttäuscht und das revolutionäre Bewusstsein der Arbeiter\*innenklasse erschüttert oder sogar zerstört.

Dafür tragen zwei politische Strömungen besondere Verantwortung: die Sozialdemokratie und der Stalinismus.

- Die Sozialdemokratie wechselte mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 auf die Seite des kapitalistischen Bürgertums. Sie verriet mit dieser Haltung die Idee des sozialistischen Internationalismus. Noch schwerer wiegt ihre Verantwortung für die Niederwerfung der deutschen Revolution 1918 und die Kapitulation vor dem nach 1930 aufsteigenden Faschismus.
- Der Stalinismus errichtete im Namen des Sozialismus bürokratische Diktaturen. Er unterdrückte die Kritik an der verratenen Revolution und vernichtete die Kritiker\*innen vor allem innerhalb der stalinistischen Gesellschaften. Bis heute diskreditieren die Verbrechen des Stalinismus die freiheitliche Idee des Sozialismus. Diese Entwicklungen waren wesentliche Voraussetzungen für den

Sieg des Faschismus 1933. Aber genauso wichtig war die Weigerung von KPD und SPD, zum Ende der Weimarer Republik eine gemeinsame Einheitsfront gegen den Faschismus aufzubauen. Erst dies machte den Weg frei für die Nazis und deren 12-jährige Terrordiktatur.

### Lange Schatten der Geschichte

Nach der Befreiung vom deutschen Faschismus im Jahr 1945 konnte die organisierte Arbeiter\*innenbewegung in Deutschland ihre alte Stärke nicht wieder erlangen. Hunderttausende Aktivist\*innen waren durch Faschismus und Krieg ermordet, demoralisiert oder traumatisiert worden.

Auf diesem, vom Faschismus bereiteten Boden konnte in der BRD der Kapitalismus wieder erstarken und in der DDR eine stalinistische Diktatur errichtet werden. Beides hatte mit den freiheitlichen Ideen des Sozialismus nichts zu tun.

Aufgrund dieser Niederlagen der organisierten Arbeiter\*innenklasse konnte der Neoliberalismus seinen Siegeszug antreten. Dabei benutzte er zur Durchsetzung seiner Ideologie auch blutig-autoritäre Methoden wie z. B. 1973 in Chile.

Schließlich darf der Niedergang des „stalinistischen Blocks“ nicht vergessen werden. Dieser wird bis heute von der kapitalistischen Propaganda als „Beweis“ dafür genutzt, dass Sozialismus nicht funktioniert und der „demokratische“ Kapitalismus das Beste aller Systeme sei.

Dies alles trug zur Schwächung der Kampfkraft und des Klassenbewusstseins sowie dem Rückgang sozialistischer Ideen in der Arbeiter\*innenklasse bei.

Wie wir dies wieder ändern können und was dies für unser Programm sowie unsere politische Arbeit bedeutet, soll im dritten Teil behandelt werden.

\*[Teil I wurde in *Avanti*<sup>2</sup> von Januar 2021 veröffentlicht, Teil III wird in der nächsten *Avanti*<sup>2</sup> folgen.] ■



Graffito in Mannheim, 4. April 2020.

Foto: *Avanti*<sup>2</sup>.

# Deutschland muss Atomwaffenverbotsvertrag beitreten

E. B.

**Seit dem 22. Januar 2021 sind Atomwaffen verboten, da an diesem Tag der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft getreten ist. 51 Staaten haben ihn bisher unterzeichnet. Jedoch alle Atommächte fehlen - und Deutschland.**

**D**as Abkommen wurde 2017 von 122 Staaten der UNO beschlossen. Dass es zustande kam, ist nicht zuletzt dem weltweiten Engagement der Friedensbewegung und Nichtregierungsorganisationen zu verdanken wie der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) oder der Kampagne „Büchel ist überall! atomwaffenfrei. jetzt“.

Allein in Deutschland haben bisher 108 Städte und Gemeinden den ICAN-Städteappell beschlossen (der Mannheimer Gemeinderat am 21.07.2020) und damit die Bundesregierung aufgefordert, den AVV zu unterzeichnen.

In Mannheim versammelten sich am Tag des Inkrafttretens des AVV vor dem Mannheimer Rathaus rund 40 Menschen. Auch in vielen anderen Städten hierzulande und international wurde dieses wichtige Ereignis begrüßt.

Die Mannheimer Kundgebung moderierte Otto Reger (DFG/VK). Er setzte sich für das Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands sowie den Verzicht auf die Anschaffung atomwaffen-fähiger Kampfflugzeuge durch die Bundesregierung ein. Einhellig forderten die

Redner\*innen Elke Zimmer (MdL Grüne), Isabell Fuhrmann (Linke) und Pfarrer Maximilian Hesslein (KDA) die Bundesregierung auf, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. ■



Elke Zimmer spricht bei der Kundgebung am 22.01.2021.

Foto: DFG/VK.

## ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

**D**ie Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- MI, 03.02.2021, 19:00 Uhr, Viko „Wer, wenn nicht wir ...“
- SA, 06.02.2021, 13:00 Uhr, Solikundgebung für den Antifaschisten M. Csażkóczy, Hauptstr. (am Anatomiegarten), HD
- MI, 10.02.2021, 8:30 Uhr, Berufungsverhandlung M. Csażkóczy, Landgericht, Kurfürsten-Anlage 15, HD
- DO, 11.02.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- DO, 25.02.2021, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 26.02.2021, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zur Pandemie

### Vorankündigung

Am SA, 27.03.2021, findet ab 13:00 Uhr das jährliche Betriebs- und Gewerkschaftsseminar der ISO Rhein-Neckar statt. Wir befassen uns mit den Rahmenbedingungen betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeit, der erfolgreichen Organisation im Betrieb und der Vorbereitung der BR-Wahlen 2022.

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)

Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de) Facebook: [www.facebook.com/iso.4.rn](https://www.facebook.com/iso.4.rn)

